

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

137. Sitzung

am Donnerstag, dem 16. September 2004, 10:00 Uhr,
in Sitzungszimmer 142 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Ursula Kähler (SPD)

Vorsitzende

Holger Astrup (SPD)

Wolfgang Fuß (SPD)

Rolf Fischer (SPD)

in Vertretung von Renate Gröpel

Birgit Herdejürgen (SPD)

in Vertretung von Günter Neugebauer

Hans-Jörn Arp (CDU)

Klaus Klinckhamer (CDU)

Berndt Steincke (CDU)

Rainer Wiegard (CDU)

Dr. Heiner Garg (FDP)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Abgeordnete

Anke Spoorendonk (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Gebäudemanagement Schleswig-Holstein AöR Liegenschaftsverwaltung Schleswig-Holstein, AöR Geschäftsberichte 2003	5
Vorlage des Finanzministeriums Umdruck 15/4725	
2. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes	6
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 15/3594	
3. Haushaltsrechnung und Vermögensübersicht für das Haushaltsjahr 2002	7
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/3054	
und	
Bemerkungen 2004 des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein mit Bericht zur Landshaushaltsrechnung 2002	
Entwurf einer Beschlussempfehlung der Arbeitsgruppe „Haushaltsprüfung“ Umdruck 15/4905	
4. Einwilligung des Finanzausschusses gemäß § 7 Abs. 2 HG 2004/2005 in eine zu- sätzliche Ausgabe bei Titel 0902-684 02 (Maßnahmen für den Opferschutz) in Höhe von 15.000 €	8
Vorlage des Finanzministeriums Umdruck 15/4839	

- 5. Automation der Steuerverwaltung; Vorbereitung auf die Einführung von FISCUS; hier: Unterrichtung des Finanzausschusses über den Entscheidungsstand zur Übernahme eines anderen Landesverfahrens** **9**
- Vorlage des Finanzministeriums
Umdruck 15/4727
- 6. Einwilligung zum Abschluss verbindlicher Verträge zur Raumbedarfsdeckung der Finanzämter im Rahmen der Reform der Struktur der Finanzämter** **10**
- Vorlage des Finanzministeriums
Umdruck 15/4891
- 7. Information/Kenntnisnahme** **12**
- 8. Verschiedenes** **13**

Die Vorsitzende, Abg. Kähler, eröffnet die Sitzung um 10:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Gebäudemanagement Schleswig-Holstein AöR
Liegenschaftsverwaltung Schleswig-Holstein, AöR
Geschäftsberichte 2003

Vorlage des Finanzministeriums
Umdruck 15/4725

Auf Fragen von Abg. Arp zur wirtschaftlichen Lage der LVSH erwidern M Dr. Stegner und GF Dr. Speck, der Fehlbetrag liege aufgrund von nicht absehbaren Einmaleffekten mit 5,4 Millionen € höher, als bei der Erstellung der Planrechnung erwartet worden sei (S. 13/14 des Geschäftsberichts der LVSH). Von den im Jahr 2003 zu verkraftenden einmaligen Sonderbelastungen in Höhe von 7,36 Millionen € seien 2 Millionen € durch Überschüsse im normalen Geschäft aufgefangen worden. Man gehe davon aus, dass die zum 1. Juni 2003 gegründete LVSH im Jahr 2004 ein positives Ergebnis erziele und die in sie gesteckten Erwartungen erfülle.

Abg. Wiegard thematisiert die Höhe der Rückstellungen und kündigt an, bei Gelegenheit die Diskussion über die wirtschaftliche Lage beider Anstalten und insbesondere die Frage zu vertiefen, inwieweit durch Beschlüsse der Landesregierung hervorgerufene Risiken, etwa durch zukünftige Leerstände von angemieteten Gebäuden, abgesichert seien.

Der Ausschuss nimmt die Geschäftsberichte 2003 von GMSH und LVSH zur Kenntnis.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 15/3594

(überwiesen am 25. August 2004 an den Finanzausschuss, den Innen- und
Rechtsausschuss und den Bildungsausschuss)

Die Beschlussfassung über den Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes, Drucksache 15/3594, wird bis zur Ausschusssitzung am 21. Oktober 2004 zurückgestellt, weil der fachlich zuständige Bildungsausschuss bis Mitte Oktober 2004 schriftliche Stellungnahmen zum Gesetzentwurf einholt. Der Gesetzentwurf der Landesregierung soll in der November-Tagung des Landtages in zweiter Lesung verabschiedet werden.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Haushaltsrechnung und Vermögensübersicht für das Haushaltsjahr 2002

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/3054

(überwiesen am 19. Februar 2004)

und

Bemerkungen 2004 des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein mit Bericht zur Landeshaushaltsrechnung 2002

Entwurf einer Beschlussempfehlung der Arbeitsgruppe „Haushaltsprüfung“
Umdruck 15/4905

Mit den Stimmen aller Fraktionen verabschiedet der Ausschuss eine Beschlussempfehlung (Umdruck 15/4905), mit Ausnahme der Entlastung der Landesregierung für das Haushaltsjahr 2002 und der Stellungnahme zu Tz 7.13.9 (Kreditobergrenze) der Bemerkungen 2004 des Landesrechnungshofs im ersten Absatz der Ziffer 7, denen mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen zugestimmt wird.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Einwilligung des Finanzausschusses gemäß § 7 Abs. 2 HG 2004/2005 in eine zusätzliche Ausgabe bei Titel 0902-684 02 (Maßnahmen für den Opferschutz) in Höhe von 15.000 €

Vorlage des Finanzministeriums
Umdruck 15/4839

Einstimmig erteilt der Ausschuss die erbetene Einwilligung.

Punkt 5 der Tagesordnung:

**Automation der Steuerverwaltung; Vorbereitung auf die Einführung von FISCUS;
hier: Unterrichtung des Finanzausschusses über den Entscheidungsstand zur Übernahme eines anderen Landesverfahrens**

Vorlage des Finanzministeriums
Umdruck 15/4727

Der Ausschuss nimmt die Vorlage ohne Aussprache zur Kenntnis.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Einwilligung zum Abschluss verbindlicher Verträge zur Raumbedarfsdeckung der Finanzämter im Rahmen der Reform der Struktur der Finanzämter

Vorlage des Finanzministeriums
Umdruck 15/4891

M Dr. Stegner trägt den Inhalt der Vorlage, Umdruck 15/4891, vor und appelliert an die Mitglieder des Finanzausschusses, die Landesregierung auf dem Weg der Verwaltungsstrukturreform zu unterstützen.

Abg. Dr. Garg stellt fest, dass die Summe der Unterbringungskosten nach den Anlagen der Vorlage steige, und bezweifelt die Gesamtwirtschaftlichkeit des Projekts.

M Dr. Stegner weist darauf hin, dass sich die Vorlage ausschließlich auf Fragen des Raumbedarfs und der Liegenschaften beziehe. Die Effizienz der gesamten Maßnahme ergebe sich durch die fachliche Konzentration, die Aufgabe von Leitungsstellen, die Verbesserung der Ausbildungssituation und vieles andere mehr, was die Situation der Finanzverwaltung insgesamt stärke.

AL Dr. Schmidt-Elsaëber bekräftigt die Einschätzung, dass man nach der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung des Finanzministeriums im Ergebnis eine Punktlandung machen werde. Mehrbedarf werde dadurch ausgelöst, dass man über die eigentliche Strukturreform hinaus Flächenfehlbedarfe der Vergangenheit befriedige, Ausbildungsbezirke einrichte und die räumlichen Voraussetzungen zur Errichtung von „Zentralen Informations- und Annahmestellen“ schaffe.

Fragen von VP Qualen zur Zukunft des Standorts Eutin und zum Wegfall von drei Vorsteherstellen beantwortet der Minister dahin, die grundsätzliche Planung habe man nicht verändert. Inwieweit eine Unterbringung in der bis 2009 angemieteten Liegenschaft in Eutin auf Wunsch der dort Beschäftigten noch aufrechterhalten werden solle, werde geprüft. Die Personalkosten für drei Vorsteherstellen entfielen; inwieweit diese drei Stellen tatsächlich wegfielen oder vielmehr zur Stärkung der Steuerfahndung und Betriebsprüfung umgewidmet würden, sei zum gegenwärtigen Zeitpunkt offen.

Abg. Wiegard wiederholt seine Kritik, dass die Landesregierung Organisationsstrukturen ändern und entsprechende Investitionen auf den Weg bringe, ohne die Ergebnisse der in der Diskussion befindlichen steuerpolitischen Änderungen und des damit intendierten Abbaus von steuerpolitischen Vorschriften und Aufgaben der Steuerverwaltung abzuwarten (zum Beispiel bei der Kfz-Steuer). Auch er kommt zu dem Ergebnis, dass die Strukturreform Mehrkosten auslöse, wundert sich darüber, dass die Landesregierung dem Finanzausschuss in diesem Zusammenhang die Zustimmung zu zusätzlich als notwendig erachtetem räumlichen Mehrbedarf abverlange, und möchte wissen, wie hoch die Summe der Kosten aller Maßnahmen sei, die jetzt zur Debatte stünden.

M Dr. Stegner hält es für geboten, dass Schleswig-Holstein, das die schlankeste Steuerverwaltung in der Bundesrepublik habe, in Sachen Verwaltungsstrukturreform und Bürokratieabbau mit gutem Beispiel vorangehe. Die Wirtschaftlichkeitsberechnung der Strukturreform sei die, die man dem Parlament damals dargelegt habe, und werde jetzt fortgeschrieben.

Abg. Heinold unterstützt die Strukturveränderungen der Regierung und äußert sich pessimistisch, dass das Steuerrecht in absehbarer Zeit wesentlich vereinfacht werde.

Mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und FDP erteilt der Ausschuss die erbetene Einwilligung zum Abschluss der Mietverträge für die Finanzämter Neumünster, Plön und Rendsburg sowie zum Abschluss von Vorverträgen für die Erweiterung der neuen Finanzämter Dithmarschen, Ostholstein und Nordfriesland einschließlich gegebenenfalls vorlaufender Planungsaufträge (Umdruck 15/4891, S. 4/5).

Punkt 7 der Tagesordnung:

Information/Kenntnisnahme

Umdruck 15/4840 - LRH-Bemerkungen 2003, Zulagen im öffentlichen Dienst

Umdruck 15/4841 - Finanzielle Auswirkungen von Hartz IV

Umdruck 15/4842 - LRH-Bemerkungen 2002, Feuerwehrbereich

Umdruck 15/4843 - Archäologisches Landesamt

Umdruck 15/4873 - LRH-Bemerkungen 2003, Betreuung von Schutzgebieten

Umdruck 15/4885 - Universitätsklinikum Schleswig-Holstein

Umdruck 15/4892 - Veräußerungserlös der LEG

Umdruck 15/4903 - UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung

Der Ausschuss nimmt die Vorlagen zur Kenntnis.

Zum Bericht des Bildungsministeriums über die wirtschaftliche Lage des **Universitätsklinikums Schleswig-Holstein** (Umdruck 15/4885) bittet der Ausschuss St Dr. Körner, die Thematik und insbesondere die Frage der Vorlage des Wirtschaftsplans im nicht öffentlich tagenden Unterausschuss des Finanzausschusses für Unternehmensbeteiligungen des Landes weiter zu erörtern und dem Beteiligungsausschuss auf Wunsch von Abg. Wiegard die Erfolgsrechnung des UK S-H für das erste Halbjahr 2004 vorzulegen.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Zur Zukunft der Kfz-Steuer teilt M Dr. Stegner mit, zwischen Bund und Ländern zeichne sich eine Verständigung dahin gehend ab, dass die Länder die Zuständigkeit für die Kfz-Steuer an den Bund abträten und als Kompensation das Aufkommen aus der Versicherungssteuer erhielten.

Die Vorsitzende, Abg. Kähler, schließt die Sitzung um 11:30 Uhr.

gez. U. Kähler

Vorsitzende

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer